



Willi Lemke ist am Montag überraschend verstorben
Foto: Britta Pedersen/dpa

der nachruf



Ex-Werder-Manager und Bremer Senator Willi Lemke ist tot

Pietät ist ein hohes Gut. Und die verlangt, dass man über Tote wenigstens nichts Schlechtes zu sagen und zu schreiben habe. Deshalb muss hier über Willi Lemkes Zeit als Bremer Bildungs- und Wissenschaftssenator striktes Stillschweigen gewahrt werden: Kein Wort also über die Abschaffung des Sportstudiengangs und die Zerstörung des bundesweit wegweisenden Studiengangs für Behindertenpädagogik an der Uni, der ja damals genau die Lehrkräfte ausbildete, die für gelingende Inklusion dringend benötigt würden. Und auch, wie der Sozialdemokrat Anfang des Jahrhunderts bei massiv steigender Schülerzahl mehrere Hundert Lehrstellen kürzte, müssen Sie im Archiv nachschauen: Nachrufkompatibel ist halt einfach nur der Befund, dass der Mann mit Glätze, Nickelbrille und Schnäuzer sehr nachhaltig die Grundlage fürs Bremer Abschieden bei Pisa und anderen Bildungserhebungen gestaltet hat. Gestorben ist er am Montag in Bremen. Der Tod sei überraschend gekommen, heißt es.

Tatsächlich wurden über den 1946 im ostholsteinischen Pönitz geborenen, in Hamburg aufgewachsenen Willi Lemke schon seit seinem

In den Jahren bei Werder Bremen legte Willi Lemke eine schöne Medien-Karriere hin

Abschied aus dem Senat 2008 immer wieder Porträts verfasst, die sich wie Nachrufe lasen. Dass er gerne Bürgermeister anstelle des Bürgermeisters geworden wäre, fehlte darin oft. Und nur selten kam zur Sprache, wie viel es Deutschland kostete, ihm die Anschlussverwendung als UN-Sonderbeauftragter für den Sport zu sichern. Manchmal wurde darüber geraunt, dass er gleichzeitig für den KGB und den Verfassungsschutz tätig gewesen sei, während der Zeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bremer Uni und kurz bevor er 1974 Bremer SPD-Geschäftsführer wurde. Ausgeplaudert hatte das 1993 der einstige Hamburger Verfassungsschutz-Chef Hans-Josef Horchem in einem Buch, das heute antiquarisch für 3,60 Euro erworben werden kann. „Das Etikett „Doppelagent“ werde ich nicht mehr los“, hatte Lemke damals der taz prophezeit und Recht behalten: Gerade als er 2007 Innensenator wurde, erinnerten sich viele an die Anekdote.

Meist aber ging's in den personenbezogenen Texten nur um Lemkes glorreiche Zeit als Manager beim Fußball-Bundesligisten Werder Bremen, 1981 bis 1999: Gerade wieder aufgestiegen avancierte der Verein zu einer der besten Adressen des deutschen Fußballs, wurde mehrfach Pokalsieger und einmal Meister.

Die Werder-Jahre, das war die Zeit, in der Lemke als Widerpart des pöbelnden FC Bayern-Boss Ulrich Hoeneß eine schöne Medienkarriere hinlegte. Die wiederum wirkt in der Erinnerung viel strahlkräftiger, als das Archiv es hergibt. Die Giftleien von der Säbener Straße gegen Osterdeich und vice versa sind arm an bewahrenswerten Bonmots: Dass er nicht mitbekomme, was der Bayern-Manager sagt, „weil ich den Fernseher immer abschalte, wenn er auf dem Bildschirm erscheint“, das war so die Liga der von Agenturen und Sportjournalisten aufgegriffenen Sprüche. Hier ging es eben nicht um einen Schaukampf: Während der überlebende Hoeneß jetzt genötigt ist, Lemke auch als einen Mann des Dialogs zu rühmen, hatte der noch 2016 der FAZ erklärt, dass es sich um einen echten Streit gehandelt habe, nicht um einen Fake: „Wir mochten uns nicht.“ Und das ist auch wegen ihrer entwandenen Ehrlichkeit eine sympathische Aussage.

Benno Schirrmeister

nem Vorgesetzten Verfehlungen vorzuwerfen oder dessen Ansehen durch Verbreitung von Tatsachen im Bereich der Behörde zu untergraben, selbst wenn die Tatsachen zutreffend seien.“

Dagegen beharrt die Puvogel-Nachfolgerin Wahlmann 46 Jahre danach darauf, dass „eigenständiges Denken und sachliche Kritik für einen funktionierenden Rechtsstaat, insbesondere für die Judikative, konstitutiv“ seien. Die „Indienstnahme der Justiz durch den Nationalsozialismus“, so Wahlmann, „wurde nach dem Krieg häufig mit der Rolle des Rechtspositivismus begründet. Inwiefern dies zutrifft, kann hier dahinstehen.“

Wahlmann will sich offenbar nicht mit der unkritischen Tradition ihres Ministeriums auseinandersetzen. Immerhin dankt sie Kramer dafür, dass er sich durch seine kritische Haltung „besonders um unsere Verfassung verdient gemacht“ habe. „Dr. Helmut Kramer war jahrzehntlang das Gewissen der niedersächsischen Justiz“, betonte sie. Er habe in „herausragender Weise“ im Sinne der Aufarbeitung von Justizunrecht in der NS-Zeit und dessen Fortwirkung in der Bundesrepublik gewirkt.

Kramer selbst sagte, er freue sich vor allem darüber, dass mit der Aufhebung der Disziplinarverfügung von 1978 auch das damals noch herrschende obrigkeitstaatliche Richterbild zurückgewiesen werde.

Helmut Kramer hatte sich 1978 von seiner Strafversetzung nicht entmutigen lassen, im Gegenteil. Besonders engagiert war er in dem Fall Erna Wazinski gewesen, der sein Rechtsverständnis

„Dr. Helmut Kramer war jahrzehntlang das Gewissen der niedersächsischen Justiz“

Kathrin Wahlmann,
SPD-Justizministerin

nis geprägt hat: 1944 war die damals 19-Jährige als „Volksschädling“ hingerichtet worden. Ihr „Verbrechen“: Sie hatte in den Trümmern des ausgebombten Hauses ihrer Familie nach Gegenständen gesucht und einen Koffer mit Kleidung und etwas Schmuck mitgenommen, in dem Glauben, er gehöre ihrer Mutter. Noch 1965 war das Todesurteil des NS-Sondergerich-

tes als rechtmäßig bestätigt worden, eine Braunschweiger Strafkammer erklärte, das Urteil sei rechtsstaatlich in jeder Beziehung einwandfrei und „den Umständen nach sogar zwingend geboten“ gewesen.

Kramer war entsetzt über seine Richterkollegen und ließ nicht locker. Er erreichte eine Wiederaufnahme des Verfahrens, die 1991 mit einem Freispruch für Erna Wazinski endete. Erst mit dem „Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile“ von 1998 gelten solche Volksschädling-Urteile offiziell als Unrecht.

Erna Wazinski war in der JVA Wolfenbüttel hingerichtet worden. Über Jahre hatte sich Kramer – gegen den Widerstand des niedersächsischen Justizministeriums – dafür eingesetzt, dass dort eine Gedenkstätte errichtet wird. Seit 1990 nun gibt es in der JVA Wolfenbüttel den Gedenkort mit der langen Liste der dort Hingerichteten.

Der Pazifist Helmut Kramer war übrigens auch dabei, als Richter und Staatsanwalt 1987 mit einer Sitzblockade den Zugang zum Pershing-Stützpunkt Mutlangen blockierten. Die Beteiligten wurden damals wegen Nötigung verurteilt. Kramer ging dagegen an. 18 Jahre

später hob das Bundesverfassungsgericht das Urteil als verfassungswidrig auf mit der Begründung, solche Sitzblockaden seien keine „Nötigung“.

Kramer wollte es auch nicht hinnehmen, dass die Bundeswehr nicht für die Bombardierung zweier Tanklastzüge in Kundus im Jahre 2009, bei der mehr als 90 Menschen starben, zur Verantwortung gezogen werden sollte. Er kritisierte die Bemühungen der Bundesregierung, eine Sonderzuständigkeit der Justiz für Bundeswehrstrafsachen zu schaffen, und stellte Strafanzeige gegen Unbekannt.

Kramer, der unter anderem auch an der Universität Bremen gelehrt hat, wurde für sein Engagement vielfach ausgezeichnet. Er erhielt unter anderem den Hans-Littén-Preis, den Fritz-Bauer-Preis und das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

Über den unermüdlichen „Richter, Mahner, Streiter“ für ein liberales, rechtsstaatliches Deutschland, den inzwischen 94-jährigen Helmut Kramer gibt es eine Oldenburger Universitätschrift von 2021. Eigentlich wäre sein Leben ein biografisches Buch wert. Die offizielle Rücknahme seiner „Dienstpflichtverletzung“ würde darin sicher nur als Fußnote vorkommen.

nachrichten

Bundesverkehrsminister lehnt neue Bahnstrecke ab

Bundesverkehrsminister Volker Wissing hat sich für eine Sanierung der Bahnstrecke Hamburg – Hannover und gegen einen baldigen Neubau entlang der Autobahn A7 ausgesprochen. „Mit der anstehenden Generalsanierung der Strecke Hamburg – Hannover bietet sich die einmalige Chance, auch die Leistungsfähigkeit der Strecke sowie der Knoten in Lüneburg und Uelzen deutlich zu erhöhen“, sagte der FDP-Politiker am Dienstag. Kritik an den Plänen kommt von den Grünen und dem Verkehrsclub (VCD) Niedersachsen. Die Strecke sei einer der wichtigsten Bahnkorridore Europas und seit Jah-

ren stark überlastet. Die Sanierung biete die Chance auf einen stabileren Fahrplan, aber kaum Potenzial für zusätzliche Züge, kritisieren die Grünen. Planungen für einen möglichen Neubau sollten unabhängig von der Generalsanierung fortgesetzt werden. (dpa)

Niedersachsens Bürgermeister sollen länger im Amt bleiben

Bürgermeister und Landräte sollen in Niedersachsen künftig wieder für acht statt fünf Jahre gewählt werden. Auf eine entsprechende Gesetzesänderung hat sich die rot-grüne Landesregierung verständigt. Innenministerin Daniela Behrens sagte, mit

der Verlängerung wolle man einen Beitrag dazu leisten, die Ämter für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber attraktiver zu machen. „Wie andere Arbeitgeber auch, stehen die Kommunen im intensiven Wettbewerb um qualifiziertes Führungspersonal“, sagte die SPD-Politikerin. Die Kommunen hätten sich die Verlängerung der Amtszeit der Hauptverwaltungsbeamten daher immer wieder gewünscht. Die Amtszeiten der bereits gewählten Amtsträgerinnen und Amtsträger bleiben dem Gesetzesentwurf zufolge unberührt. Zum Tragen kommen soll die Reform vor allem für Beamte, die für eine Amtszeit ab dem 1. November 2026 gewählt werden. (dpa)